



Dezernat III

Stabsstelle Chancengerechtigkeit

Datum 09.01.2026

Gz. I/102-10.24.88-

14/2024-339/2025

Telefon 56-3728

Bezug	Stadträtin/Stadtrat	Datum der Anfrage	Status
Anfrage	Herr Stadtrat Dagenbach	9.12.2025	öffentlich

Betreff

Antidiskriminierungsberatung adi.hnZu o.g. Anfrage nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Der Beirat für Antidiskriminierungsarbeit war ein Gremium des Stadt- und Kreisjugendrings (SKJR) und unterlag dessen Vereinsautonomie. Es handelte sich dabei nicht um ein politisches Gremium der Stadt Heilbronn, weshalb er auch nicht im Ratsinformationsportal geführt wurde.

Der Beirat war eine Vertretung für die Belange der Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind. Er hatte zur Aufgabe, sich für die gleichberechtigte Teilhabe aller in Stadt und Landkreis Heilbronn lebenden Menschen einzusetzen und gegen jegliche Art von Diskriminierung und Rassismus einzutreten. Entsprechend bildeten sachkundige (von Diskriminierung betroffene Personen) und fachkundige Mitglieder (Organisationen, die mit Personen, die von Diskriminierung betroffen sind, zusammenarbeiten) den Kern des Gremiums.

Der Stadt Heilbronn wurden als Zuschussgeberin Sitze für die Inklusionsbeauftragte, Integrationsbeauftragte und Frauenbeauftragte sowie vier Sitze für Heilbronner Gemeinderatsmitglieder eingeräumt.

Die Besetzung der Sitze für die Gemeinderatsmitglieder erfolgte aus der Mitte des Gemeinderats. Der Aufruf wurde vom SKJR an die Fraktionen gerichtet. Die Geschäftsstelle Gemeinderat hatte hier lediglich eine vermittelnde Funktion und richtete den Aufruf gemäß dem Sitzverhältnis im Gemeinderat (Berechnung nach Sainte-Laguë/Schepers) an die Fraktionen CDU, AfD, Grüne und SPD.

Mit der Einstellung des kommunalen Eigenanteils zur Weiterfinanzierung der Antidiskriminierungsberatung Heilbronn (adi.hn) auf mehrheitlichen Beschluss des Gemeinderats am 27. November 2025, entfiel auch der Zweck, die Stadt am Beirat zu beteiligen. Infolgedessen wurde in der letzten Beiratssitzung am 2. Dezember 2025 die Beteiligung von Heilbronner Gemeinderäten unabhängig ihrer Partei in Frage gestellt und die Sitzung unter Zustimmung aller Anwesenden vorzeitig beendet. Einigkeit bestand darin, dass nach dem Wegfall der städtischen Co-Finanzierung zunächst die Zukunft der adi.hn und damit auch des Beirats geklärt und bei einer etwaigen Fortführung die Zusammensetzung des Beirats überarbeitet werden müsse.

Die Zusammensetzung obliegt ausschließlich dem SKJR, weder die Stadt Heilbronn noch der Heilbronner Gemeinderat haben Anspruch auf Mitsprache.